



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	012-2024
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.29
Eingereicht am:	04.03.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Günthör (Erlach, SVP) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Ja
Dringlichkeit gewährt:	Nein 07.03.2024
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Gesetzesverstösse und Kontrolltätigkeit bei kulturell vielfältigen Geschäften im Kanton Bern

Es geht um die wachsende Präsenz von internationalen Geschäften, insbesondere von Geschäftsleuten mit Migrationshintergrund. Diese Entwicklung ist nicht nur offensichtlich, sondern auch von vermehrten Berichten über potenzielle Verstösse gegen diverse gesetzliche Bestimmungen begleitet.

Die kulturell vielfältigen Geschäfte haben zu vermehrten Meldungen über potenzielle Gesetzesverstösse geführt, darunter das Ausländer- und Integrationsgesetz, das Steuergesetz, das Sozialversicherungsrecht, das Arbeitsgesetz und den allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Coiffeur-Branche. Es besteht zudem die Besorgnis über mögliche kriminelle Machenschaften von Clan-Mitgliedern. Beschwerden aus der Branche, insbesondere bezüglich Lohndumpings, Schwarzarbeit und Geldwäsche, sind vermehrt zu vernehmen.

Ein weiteres Anliegen, das mir durch zahlreiche Meldungen zugetragen wurde, betrifft die finanzielle Belastung einheimischer Geschäftsleute. Schweizer Unternehmer sehen sich gezwungen, ihre Lokalitäten aufgrund der steigenden Mietpreise aufzugeben, während Geschäftsleute mit Migrationshintergrund, unabhängig von den Kosten und der Ladenfläche, diese übernehmen. Das stösst auf Unverständnis und wirft Fragen auf.

Die Transparenz bezüglich der Einhaltung sämtlicher Vorgaben in diesen Betrieben erscheint selbst für Aussenstehende kaum nachvollziehbar. Daher sind die Fragen, ob tatsächlich Verstösse vorliegen und ob ausreichend Kontrollen durchgeführt werden, «insbesondere durch die Polizei», von allgemeinem Interesse.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die oben beschriebene Situation in der Coiffeur- und Barbershop-Branche sowie in den Bereichen Imbiss, Restaurants, Lebensmittelmärkte, Supermärkte, Kosmetikinstitute, Nagelstudios und in anderen internationalen Geschäften?
2. Wie oft wurden seit dem Jahr 2020 bis zum aktuellen Zeitpunkt in internationalen Geschäften (Coiffeur- und Barbershop-Branche, Imbiss, Restaurants, Lebensmittelmärkte, Supermärkte, Kosmetikinstitute, Nagelstudios usw.) im Kanton Bern Kontrollen durchgeführt? Wird dabei eine Unterscheidung zwischen klassischen Coiffeursalons und neuen Barbershops sowie traditionellen Restaurants, Lebensmittel- und Detailhandelsgeschäften vorgenommen?
3. Bei wie vielen Geschäften mit kulturell vielfältigem Angebot (Barbershops, Imbiss, Restaurants, Lebensmittel, Supermärkte, Kosmetikinstitute, Nagelstudios und weitere) wurden seit 2020 bis heute Verstösse gegen geltendes Recht festgestellt?
4. Welche Arten von Rechtsverstössen wurden dabei identifiziert? Kann der Regierungsrat gestützt auf die Kriminalstatistik die Vermutung bestätigen, dass es in diesen Betrieben häufig zu Verstössen kommt?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Kontrolldichte in der Branche? Beabsichtigt er, die Kontrollaktivitäten zu intensivieren oder weitere Massnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten?

Begründung der Dringlichkeit: Die zunehmende Präsenz internationaler Geschäfte, besonders von Migranten geführt, wirft Fragen zu Gesetzesverstössen auf. Bedenken betreffen potenzielle Regelverstösse in Bereichen, wie Ausländerrecht, Steuern, Sozialversicherung und Arbeitsgesetzen, sowie mögliche kriminelle Aktivitäten, wie Lohndumping und Geldwäsche. Die finanzielle Benachteiligung einheimischer Unternehmer durch steigende Mietkosten verstärkt diese Problematik und wirft Fragen zur Fairness auf. Es besteht allgemeines Interesse an transparenten Kontrollen, insbesondere durch die Polizei, um die Rechtmässigkeit und Fairness der Geschäftspraktiken sicherzustellen und das Vertrauen in die Wirtschaft zu wahren.

Verteiler

– Grosser Rat